Nr. 90 1. Ausgabe

Freitag, 2. April 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: 13 528, 13 638, 13 597, 17 108. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 1.60, für das Ausland M. 10.—. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 5.—, mit Platzvorschrift M. 6.—, für das Ausland M. 25.—. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 50 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.25, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.50, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Ein Mißverständnis in der Einmarschfrage

Der „Temps" gegen den Einmarsch

ITA. Köln, 1. April. (Eig. Drahtbericht.) Die „K. Z." meldet aus Paris: Wer den „Temps" von gestern abend mit Aufmerksamkeit liest, wird feststellen müssen, daß über die Lage im Ruhrgebiet sich in Frankreich eine Meinung herausgebildet hat, die ebenso schwer verständlich ist wie das Urteil, das man sich über die allgemeine Lage in Deutschland zu machen scheint. Der „Temps" glaubt nämlich, daß die Entsendung deutscher Reichswehrtruppen nach dem Ruhrgebiet zur Wiederherstellung der gesetzmäßigen Ordnung nicht nötig sei, und er meint sogar, die französische Regierung, die das ernstliche Bestreben habe, eine demokratische Ordnung in Deutschland aufzurichten, erweise der deutschen Regierung einen Gefallen, wenn sie nicht nur den Triumph der militärischen Reaktion in Deutschland, sondern die bewaffnete Intervention des Verbandes auf dem rechten Rheinufer verhindere.

*

Der deutsche Geschäftsträger in Paris Dr. Mayer soll bei der französischen Regierung persona grata sein. Wie weit sich diese Auffassung auf Tatsachen oder Vermutungen stützt, läßt sich nur aus den Folgen der deutschen Geschäftsführung bestimmen. Die Pariser Blätter stellen das Ersuchen der deutschen Regierung nach einer Erlaubnis, deutsche Truppen in die neutrale Zone einrücken zu lassen, so dar, als ob Reichskanzler Müller in der Nationalversammlung mitgeteilt hätte, „Millerand habe Dr. Mayer auf sein Ersuchen, den Einmarsch von Regierungstruppen in das von Kommunisten gefährdete Ruhrgebiet, also in die neutrale Zone, zu gestatten, erwidert, er wolle das Gesuch in Erwägung ziehen". Weiter habe der Kanzler ausgeführt, der französische Ministerpräsident habe dem deutschen Geschäftsträger mitgeteilt, daß er den Einmarsch der deutschen Truppen unter der Bedingung gestatten wolle, daß ihre Aktion nicht länger als zwei bis drei Wochen dauere. In Wirklichkeit hat der Reichskanzler aber gesagt, daß die französische Regierung mit einer Besetzung nach dem Ablauf von zwei bis drei Wochen einverstanden sei, wenn die Verstärkungstruppen bis dahin die neutrale Zone noch nicht verlassen hätten und wenn die deutsche Regierung die Besetzung von Frankfurt a. M., Hanau, Darmstadt und Homburg durch französisches Militär gestatte.

Die Pariser Blätter entrüsten sich fürchterlich über die Darstellung des Kanzlers, der Millerand unterstellt haben soll, daß die deutschen Truppen berechtigt seien, das Ruhrgebiet sofort zu besetzen. Hier liegt ein Mißverständnis vor, und zwar bei der französischen Presse, die anscheinend die Rede Müllers falsch verstanden hat. Durch die aufgebrachte Sprache der französischen Blätter muß die Pariser Oeffentlichkeit den Eindruck gewinnen, daß die deutsche Regierung in der Nationalversammlung eine wissentlich falsche Erklärung abgegeben habe. Dieser Darstellung hätte von seiten der deutschen Vertretung in Paris rechtzeitig entgegengetreten werden müssen, damit die Anbahnung vertrauensvoller Beziehungen nicht gestört wird. Das ist anscheinend leider nicht geschehen. Anderseits muß aber gesagt werden, daß die sensationslüsterne Pariser Presse sich mit offensichtlichem Behagen des Vorfalls bemächtigt hat, der es ihr gestattete, der deutschen Regierung einen Vertrauensbruch vorzuwerfen.

Nach den neuesten Meldungen verhält sich die französische Regierung gegen die deutschen Versuche ablehnend, angeblich weil die Organe der Kontrollkommission, die durch das Protokoll vom 21. August 1919 beauftragt wurden, die Ausführung des Friedensvertrages zu überwachen, eine militärische Intervention in der neutralen Zone im gegenwärtigen Augenblick für unnötig(!) und gefährlich hielt. Dieser Standpunkt ist aber in Wirklichkeit nur die Folge des Protestes durch den Reichskanzler, der eine Verquickung des deutschen Einmarsches mit der Erlaubnis zur Besetzung einiger rheinischer Städte durch die französischen Truppen entschieden zurückwies. Die ganze Frage ist heute, nachdem die Krisis im Ruhrgebiet abzuflauen scheint, weniger von praktischer als grundsätzlicher Bedeutung. Sie beweist, wie wünschenswert es ist, wenn die deutsche Auslandsvertretung bei jeder Regierungskundgebung, die sich auf auswärtige Fragen bezieht, ihr besonderes Augenmerk darauf richtet, daß Mißverständnisse in der Presse des Landes, wo sie akkreditiert sind, von böswilligen Entstellungen abgesehen, entweder verhindert oder doch nachträglich — und möglichst rasch — richtiggestellt werden. Das ist für die Festigung des Vertrauens in die Ehrlichkeit der deutschen Politik von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Erst wenn es gelingt, diesen Kontakt herzustellen, wird man sagen können, daß die Erzählung von dem Wohlwollen, das unsern Vertretern entgegengebracht wird, unpersönliche und damit praktische Bedeutung erlangt.

*

Die militärische Lage

Einer Verlautbarung aus militärischer Quelle ist folgendes zu entnehmen:

Bei Wesel geringe Gefechtstätigkeit. In Gahlen und Dorsten werden Brückenköpfe gehalten. Die Linie Haltern—Lüdinghausen—Herbern wurde kampflos erreicht. Widerstand soll von den Bolschewisten erst in Herne beabsichtigt sein. Auf die dringenden Hilferufe des Bürgermeisters und Landrats von Hamm wurde die Stadt von unsern Truppen besetzt. Ueberall, wo die Truppen bisher durchmarschierten, war ihr Verhältnis zu allen Bevölkerungskreisen vorzüglich. In Werl wurde das Gefängnis von den Spartakisten gestürmt und 50 Gefangene in Freiheit gesetzt. Die Stadt ist wieder frei vom Gegner. Im Kreise Iserlohn hat der Aktionsausschuß Sprengmunition und Sprenggerät beschlagnahmt. In Unna sind mehrere Reserveoffiziere als Geiseln verhaftet worden. Die bolschewistische Armee soll neuerdings auch Funkentelegraphenverkehr eingerichtet haben. Ihre Truppenverschiebungen erleichtert besonders das gute elektrische Bahnnetz im Industriegebiet. In vielen Städten des Industriegebiets wurden nach der Aufforderung des Essener Zentralrats Arbeitswillige mit der Waffe von der Arbeitsstelle getrieben und verschiedentlich zu Schanzarbeiten oder zum Eintritt in die bolschewistische Armee gezwungen. Plünderungen, Brandschatzungen und Erpressungen nehmen zu. Aus allen Teilen der Bevölkerung wird dauernd Beschleunigung des Einmarsches gefordert, vor allem im Landkreise Recklinghausen, Lüdinghausen, Stadt Gelsenkirchen, Werne und Horst-Emscher.

*

Der Rückzug der Roten Armee

Berlin, 1. April. (Eig. Drahtbericht.) Die letzten Mittagsmeldungen aus Münster besagen, daß das ganze Gebiet nördlich von Dortmund von den Roten Truppen frei sei und daß die Rote Armee sich zwischen Mülheim, Hamborn, Duisburg und Oberhausen konzentriert.

*

Der Rohstoffmangel im Ruhrgebiet

ITA. Köln, 1. April. (Eig. Drahtbericht.) Die Gesamtlage im Ruhrgebiet ist einstweilen ruhig. Ueberall wird das Ergebnis der Verhandlungen in Bielefeld abgewartet, die wohl heute zum Abschluß gelangen. Die Kämpfer der Roten Armee sind aufgefordert worden, nicht zu kämpfen, falls sie nicht angegriffen werden, was auch bisher nicht der Fall war. Da immer mehr Banken sich weigern, Gelder auszuzahlen, hat der Zentralrat bekanntgemacht, daß vom 1. April an sämtliche Banken geöffnet sein müssen, damit die Auszahlung von Geldern, Arbeitslöhnen usw. stattfinden kann. — Da seit den Kapp-Tagen keine Rohstoffe mehr in das Industriegebiet gekommen sind, steht die Wuppertaler Textilindustrie vor einer großen Gefahr, Arbeitslosigkeit und Hungersnot. Die ausländischen Lieferanten zeigen völlige Zurückhaltung. Ein Verband ausländischer Spinner hat bereits die ausdrückliche Verkaufssperre über Deutschland verhängt. Auch die Auslandsaufträge sind seither immer knapper geworden. Die Lebensmittelnot ist sehr groß. In Bochum z. B. wird in Aussicht genommen, die Unterrichtszeit an den Schulen wesentlich zu verkürzen, da die Kinder kein ausreichendes Frühstück mehr haben. Die Arbeiterräte in Bochum lassen bekanntmachen, daß der Generalstreik für Bochum bis auf weiteres noch fortdauere und daß das Bochumer Industriegebiet nach allen Seiten hin gegen die Arbeitertruppen völlig gesichert sei. Nachrichten aus Essen zufolge sollen an der Peripherie des Industriegebiets, so in Iserlohn, noch fortgesetzt Reichswehrtruppen ausgeladen werden. Der Hauptführer der Wuppertaler Arbeiterradikalen, Sauerbrey, sprach sich in einer Demonstrationsversammlung entschieden gegen das Einrücken der Reichswehrtruppen aus und erklärte, daß er lieber Ententebesetzung sehen würde.

*

Die Unentwegten

Köln, 1. April. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Meldung aus Duisburg hat sich dort ein neues Komitee für das Ruhrrevier gebildet, das sich „Revolutionäres Komitee der bewaffneten Arbeiterschaft" nennt und in Proklamationen sich für rücksichtslose Fortsetzung des Kampfes gegen den Kapitalismus und für den Anschluß des deutschen Proletariats an Sowjet-Rußland einsetzt. Unterkomitees sind in Hamborn, Mülheim und Bochum gebildet.

*

Die Zustände im Industriegebiet

Fast im ganzen Industriebezirk herrscht, wie aus Münster gemeldet wird, Generalstreik. Nur im Hagener und Hammer Bezirk wird nicht gestreikt. Die Gefangenen, die die Rote Armee gemacht hatte, sind zum Teil entlassen, doch befinden sich noch in Essen 200, im Bochumer und Remscheider Bezirk viele Gefangene in den Händen der Roten Armee.

Die „Union" bei Dortmund ist zwangsweise stillgelegt worden. Der Aktionsausschuß erpreßte von der Dortmunder Stadtverwaltung 50 Auslandspässe und 500 000 M. In Recklinghausen wurden von den Privatbanken 46 000 M. erpreßt. In Buer erschien eine Bande aus Essen mit 12 unterschriebenen Todesurteilen gegen die Führer der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen.

Auch in Gelsenkirchen herrscht Generalstreik. In den lebenswichtigen Betrieben wird gearbeitet. Der Aktionsausschuß hat sich aufgelöst, die einzelnen Mitglieder haben ihre Aemter niedergelegt. Die Lebensmittelnot ist auf das höchste gestiegen. In dieser Woche konnten nur zwei Pfund Brot ausgegeben werden. Für die kommende Woche ist überhaupt kein Brotmehl sowie keine Kartoffeln mehr vorhanden.

In Elberfeld, wo auch Generalstreik ist, wurden ungefähr 1000 Gewehre abgeliefert. Der Aktionsausschuß ist noch in Tätigkeit. Der Verkehr innerhalb der Stadt wird aufrechterhalten. Generalstreik herrscht auch in Remscheid, wo nicht einmal die Straßenbahnen verkehren. Die Bürgermeister von Oberhausen, Remscheid und Mülheim sind ihres Amtes entsetzt worden und haben die Stadt verlassen. In Duisburg hat sich der Oberbürgermeister auf den Teil der Stadt zurückgezogen, den die Belgier besetzt haben.

In Mülheim dauert ebenfalls der Generalstreik an. Bisher erhielten die Roten Truppen, die sich noch in der Kaserne der Stadt befinden, 850 000 M. von der Stadt.

Aus Düsseldorf erfährt WTB. von zuständiger Stelle: Die Lage im bedrohten Gebiet verschlechtert sich dauernd. Die linksradikalen Elemente in den Vollzugsausschüssen gewinnen an Einfluß. Auf den Versuch, den Oberbürgermeister von Duisburg heute telephonisch zu erreichen, kam die bezeichnende Antwort: „Rufen Sie im Gerichtsgefängnis an!" — Mit Oberhausen war eine Verbindung überhaupt nicht mehr zu erlangen. Aus Dinslaken kommt die Mitteilung, daß in Richtung auf Wesel wieder geschossen wird. In Duisburg ist von der Roten Armee eine Million Mark aus der Reichsbank entnommen worden. Aus Essen wird gemeldet, daß auf dem Wege von Berlin nach Essen 30 Millionen Mark innerhalb des Aufruhrgebietes verlorengegangen sind.

Neue Verhandlungen

* Essen, 1. April. Am Mittwoch nachmittag haben in Münster neue Verhandlungen zwischen den Regierungsvertretern unter Führung des Reichs- und Staatskommissars, den Vertretern des Essener Zentralrates, der Kampfleitung der Roten Truppen und Vertretern der drei sozialdemokratischen Parteien über die Beilegung des Konfliktes im Ruhrgebiet stattgefunden. Bei dem Essener Zentralrat nimmt man an, daß die Regierung bei den Verhandlungen weitgehende Zugeständnisse machen wird, so daß wohl auf Grund des Bielefelder Abkommens eine Verständigung zustande kommen wird. In diesem Falle wird sich auch die Rote Kampfleitung fügen, so daß, wenn es in Münster zu festen Abmachungen kommt, auch ihre Durchführung gesichert ist. Das Ergebnis der Verhandlungen in Münster, die noch andauern, soll Donnerstag in Essen zunächst einer Vollversammlung der Arbeiterräte vorgelegt werden.

*

Kundgebung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter

WTB. Berlin, 31. März. Die heute in Essen versammelten Vertreter der Hauptverwaltung und der Bezirke des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter haben der Reichsregierung nachstehendes Telegramm übersandt:

„Die heute versammelten Vertreter der Hauptverwaltung und Bezirksvertreter des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter fordern im Namen der 100 000 Mitglieder des Vereins im Ruhrgebiet, daß die Regierung mit aller Entschiedenheit für Brechung der Pöbelherrschaft und Schaffung von Ruhe und Ordnung in Deutschlands größtem und wichtigstem Industriegebiet sorgt. So wie bisher kann es nicht weitergehen. Hunderttausende von Bergleuten und andern Arbeitern werden von den Aufrührern von links mit Waffengewalt an der für unser Volk so notwendigen Arbeit gehindert und Handel und Verkehr sind lahmgelegt. Die Regierung muß ihre Machtmittel jetzt entschieden ausnützen, um wieder geordnete und gesetzliche Zustände herbeizuführen und den Arbeitern den notwendigen Schutz von Leben und Gesundheit zu verschaffen. Sie darf den Forderungen der Elemente, die eine Linksdiktatur anstreben, nicht weiter entgegenkommen, insbesondere darf sie den Herrn General Watter jetzt nicht abberufen. Mit aller Entschiedenheit fordern wir, daß sich die Regierung und ihre Politik nicht von der Berliner Straße, sondern von den Bedürfnissen des deutschen Volkes leiten lassen."

*

Holländischer Grenzschutz

Köln, 1. April. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Meldung aus dem Haag sind Truppen aus dem Haag und aus Amsterdam gestern an die deutsche Grenze abgegangen. Das Grenzkommando erhielt den Befehl, den Uebertritt von Angehörigen der Roten Armee auf niederländisches Gebiet mit Waffengewalt zu verhindern.

*

Russischer Einfluß in Berlin

Berlin, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Laut polizeilicher Anmeldung sind zur Zeit mehr als 80 Russen mit Pässen der Sowjetregierung in Berlin eingetroffen. Die überraschend schnelle Zuspitzung der auf die Rätediktatur hinzielenden kommunistischen Generalstreikagitation wird selbst in den Kreisen der Mehrheitssozialisten in unmittelbare Verbindung mit der Tätigkeit der russischen Kommission in Berlin gebracht.

Rotterdam, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Die „Morning Post" bringt über Riga einen Funkspruch aus Moskau, wonach die bolschewistischen Heeresberichte seit Mittwoch voriger Woche täglich auch über die Fortschritte der bewaffneten Arbeiter im deutschen Ruhrgebiet unter dem Titel „Vom Kriegsschauplatz in Deutschland" Meldungen geben.

*

Sympathiekundgebungen der französischen Syndikalisten

Genf, 1. April. (Eig. Drahtbericht.) Wie der „Temps" meldet, haben die französischen Syndikalisten für die Ostertage Demonstrationskundgebungen für die ausständigen Ruhrarbeiter in allen größeren Städten Frankreichs einberufen. In Paris sind acht, in Lyon fünf Versammlungen des Proletariats einberufen, die die Diktatur und die Bewaffnung des französischen Proletariats beschließen sollen.

*

Ablehnung des Generalstreiks

Die Vollversammlung der revolutionären Betriebsräte in der Bötzowbrauerei in Berlin hat am Mittwoch nach längeren Verhandlungen einstimmig eine Resolution angenommen, in welcher der Generalstreik abgelehnt wird. Die Arbeiterschaft solle sich jedoch weiter in Alarmbereitschaft halten, um nötigenfalls „den bedrohten Brüdern im Ruhrgebiet durch den Generalstreik zu Hilfe zu kommen". — Aus den Verhandlungen ist noch ein Referat des Vertreters der U. S. P. D. Däumig hervorzuheben, der dringend vom Generalstreik abriet, da nach den zur Zeit von der Regierung getroffenen Maßnahmen eine akute Gefahr für die Arbeiterschaft im Ruhrgebiet nicht bestehe. Auch der Vertreter der K. P. D. Walcher sprach gegen den Generalstreik, zumal eine derartige Aktion zur Zeit keinen Erfolg zu erhoffen habe.

Lösung der Kaiser-Frage?

Havas verbreitet eine Nachricht der „Daily Mail" aus Amsterdam, die alliierten Regierungen hätten die letzte Note Hollands über den Aufenthalt Kaiser Wilhelms angenommen. Holland übernimmt danach die Verantwortung dafür, daß Kaiser Wilhelm keine Bedrohung mehr für die Sicherheit Europas wird. Als Aufenthaltsort wird dem Kaiser der von ihm erworbene Besitz Doorn gestattet. — Das Korrespondenzbureau im Haag erfährt, daß der niederländischen Regierung ein Antwortschreiben auf ihre letzte Note in der Frage der Auslieferung des früheren deutschen Kaisers überreicht worden sei. Es sei nicht ausgeschlossen, daß dieses Schreiben als Beendigung des in dieser Frage geführten Notenaustausches angesehen werden könne.

Das Grundschulgesetz im Reich

Von Professor Dr. Strecker, hessischer Kultusminister

Der Entwurf eines Gesetzes über die gemeinsame Grundschule, den der Reichsausschuß in Berlin aufgestellt hatte, wurde von der Nationalversammlung einem Sonderausschuß überwiesen. Bei der kurzen Beratung im Plenum hat er verhältnismäßig wenig Widerspruch erfahren. Die drei Regierungsparteien sind so ziemlich mit ihm einverstanden, und auch von seiten der Opposition ist grundsätzlicher Widerspruch nicht mehr erhoben worden. Der Entwurf bedeutet ja auch im Grunde nichts weiter als Ausführungsbestimmungen zu dem, was in der Reichsverfassung bereits festgelegt wurde. Die Vorschulen als Standesschulen sollen nach der Reichsverfassung in Zukunft wegfallen. Damit wird eine pädagogische Forderung erfüllt, die schon seit langem von der weit überwiegenden Mehrheit der deutschen Lehrer verfochten worden ist.

In einer demokratischen und sozialen Republik, wie sie das neue Deutschland darstellt, ist auch diese Verwirklichung der sogenannten Einheitsschule eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Freilich ist auch nach der Durchführung der Grundschule nur erst ein Anfang mit der Einheitsschule gemacht, denn deren Ausbau im einzelnen kann noch sehr verschieden gestaltet werden. Und auch was die Grundschule selbst anbelangt, ist über deren Dauer und Arbeitsplan in der Reichsverfassung noch nichts gesagt. Selbst der Entwurf des Reichsschulausschusses läßt da noch verschiedene Möglichkeiten offen. Er legt allerdings eine mindestens vierjährige Dauer der Grundschule fest, gestattet aber denjenigen Ländern, die es versuchen wollen, auch eine Ausdehnung des gemeinsamen Unterrichtes auf fünf oder sechs Jahre. Für den Lehrplan der Grundschule sieht der Entwurf nur allgemein vor, daß es der Lehrplan der Volksschule sein soll. Es darf also die gemeinsame Grundschule nicht in der Art und Weise unserer bisherigen Vorschulen arbeiten; und das ist gut so. Denn vom pädagogischen Standpunkt aus ist die Arbeitsweise unserer Vorschulen schon immer mit Recht getadelt worden. Sie war zu einseitig auf die Fächer der höheren Lehranstalt, insbesondere auf den fremdsprachlichen Unterricht eingestellt. Damit hätten die Kinder der Vorschule allerdings einen Vorsprung vor denjenigen, die aus der Volksschule in eine höhere Lehranstalt übergingen. Aber abgesehen von der sozialen Ungerechtigkeit, die in einer solchen Bevorzugung liegt, war es ein Fehler, mit so abstrakten Unterrichtsstoffen schon an das jugendliche Alter der ersten Schuljahre heranzutreten. Ein starkes eigenes Interesse können die kleinen Abc-Schützen der Grammatik, den Lehrsätzen über Wortformenaufbau und was dergleichen mehr ist, wirklich nicht entgegenbringen. Das Kind will zunächst einmal ins wirkliche Leben eingeführt sein, diesem gilt seine Neugier. Es will erklärt haben, was es um sich herum sieht, es will auch selbst lernen, die Dinge anzufassen und zu bearbeiten. Das Kind hat in sich den natürlichen Drang nach Anschauung und nach körperlicher Betätigung. Dieser gesunde Drang ist die Grundlage für die vernunftgemäße Entwicklung in den jungen Jahren der ersten Schulzeit, und mit dem muß deshalb eine physiologisch und psychologisch begründete Erziehung rechnen. Bei unserm ganzen Vorschulbetrieb war das nicht der Fall. Er war nicht für die Kinderinteressen, auf die Bedürfnisse der Kinderseele eingestellt, sondern auf die Ziele, insbesondere die fremdsprachlichen Ziele der höheren Lehranstalt. So ist der Vorschulbetrieb mehr ein mechanischer Drill als eine wirklich feinfühlige Erziehungsarbeit.

Der Lehrplan der Volksschule hat der Kindesseele schon immer viel mehr Rechnung getragen. Er ist deshalb mit Recht der gemeinsamen Grundschule zur Bedingung gemacht. Ausgebaut werden könnte er noch nach der Seite des Arbeitsunterrichtes hin. Wie schon im Kleinkindergarten die Kinder ihre Glieder richtig gebrauchen lernen, so könnte auch die Grundschule im gleichen Sinne zu erziehen fortfahren. Es könnte das Spiel und leichte Arbeit, beispielsweise im Garten, gepflegt werden. Der Lehrplan der Grundschule muß auf möglichst allseitige Entfaltung der kindlichen Kräfte bedacht sein. Damit schafft man die beste Grundlage für eine gesunde Entwicklung fürs ganze Leben. Auf dieser Grundlage können auch diejenigen Kinder später gut weiterkommen, die in eine höhere Lehranstalt eintreten. Sie mögen vielleicht anfangs nicht so rasch vorwärts kommen, wie das auf Grund des heutigen Drills in der Vorschule möglich ist. Dafür sind sie aber um so vielseitiger vorgebildet und werden in andern Fächern, abgesehen von den fremdsprachlichen, desto Erfreulicheres leisten. Zum Spezialisieren ist in den späteren Jahren immer noch Zeit genug. Man wendet sich ja sonst so oft gegen allzu frühe Entscheidung in der Berufswahl.

Vielfach sind gerade die Gegner der Wahlfreiheit in den oberen Klassen auch Gegner der gemeinsamen Grundschule geworden. Das ist natürlich ein Widerspruch. Denn hält man selbst in Prima eine Entscheidung über den ferneren Lebensweg für verfrüht, so muß man das Zurechtschneiden der ersten Schuljahre auf die spätere akademische Laufbahn erst recht für verfrüht halten. Es ist der naturgemäße Gang der Dinge, wenn man zunächst alle Kinder gewissermaßen auf der gleichen Linie den Wettlauf des Lebens beginnen läßt. Sie mögen dann ihre Kräfte erproben und sehen, wie weit sie kommen. Nicht der Geldbeutel und nicht die Eitelkeit der Eltern soll das bestimmen dürfen. Und gerade weil unser modernes Leben eine so weitgehende Spezialisierung nötig macht, muß als Gegengewicht auch dafür gesorgt werden, daß wenigstens eine allgemeine Ausbildung in denjenigen Fähigkeiten erfolgt, auf die kein Mensch ganz verzichten kann. Ein gesunder Körper, ein geschickter Gebrauch aller Glieder, ein offener Blick für alle Dinge und Vorkommnisse des Lebens um uns her, ein rechtes Gefühl für die Hauptwerte der deutschen Kultur, das müßte eigentlich jede Persönlichkeit als Grundlage ihres Daseins ins Leben mit hinausnehmen, und für eine solche Entwicklung wird in der gemeinsamen Grundschule das Fundament gelegt.

Wie man dann später von dieser Grundschule aus die verschiedenen Schulwege weiter ausbaut, das wird eine Frage der Zukunft sein. Damit wird die künftige Schulgesetzgebung noch alle Hände voll zu tun haben. Diese späteren Sorgen trage man aber noch nicht in die Besprechung der Grundschule mit hinein. Hier gehe man vielmehr einfach von dem aus, was die Natur, was insbesondere das kindliche Wesen körperlich und geistig verlangt. Bauen wir dieses Fundament nach natürlichen, gesunden Prinzipien aus, dann wird später auch der Oberbau sicher stehen und richtig werden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1920040201/1